

# Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 04/21

05.03.2021



Der Wirecard-Skandal muss härtere Folgen haben: In seiner Rede am 4. März forderte Matthias Hauer MdB ein konsequenteres Vorgehen und legte konkrete Vorschläge vor (siehe rechts und S. 3). @ Deutscher Bundestag

## Epidemische Lage verlängert

Auch wenn die ersten vorsichtigen Lockerungen bevorstehen – die Corona-Pandemie ist noch lange nicht besiegt. Deshalb hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag den Fortbestand der epidemischen Lage nationaler Tragweite beschlossen und um drei Monate verlängert. „Nach wie vor ist es unser vorrangiges Ziel, die Ausbreitung der Pandemie zu bekämpfen, um Leben und Gesundheit zu schützen“, betont der Vorsitzende der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Ralph Brinkhaus. Die Regelungen im Infektionsschutzgesetz wurden per Gesetz aktualisiert und verlängert. Das betrifft zum Beispiel die Entschädigung, die berufstätige Eltern bekommen können, wenn sie aufgrund der Betreuung ihrer Kinder im Lockdown einen Verdienstausfall haben. Die Anspruchsvoraussetzungen dafür wurden ausgeweitet: Der Anspruch gilt jetzt auch dann, wenn eine behördliche Empfehlung vorliegt, vom Besuch einer Kita abzusehen, oder auch wenn die Präsenzpflicht an einer Schule aufgehoben wurde. Eine Übersicht über die aktuell geltenden Unterstützungsmaßnahmen in der Corona-Krise finden Sie auf S. 4. Darüber hinaus enthält das Gesetz Sonderregelungen im Bereich der Pflege und bezüglich der Schutzschirmregelung für niedergelassene Ärzte. Es werden neu auch konkrete Impfziele benannt, an denen sich die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission orientieren müssen. Die Regelungen im Infektionsschutzgesetz gelten nur so lange, wie die epidemische Lage von nationaler Tragweite fortbesteht. Diese muss der Deutsche Bundestag alle drei Monate prüfen und entweder verlängern oder beenden.

### Lehren aus dem Fall Wirecard

Welche Konsequenzen müssen aus dem Wirecard-Skandal gezogen werden? Dazu hat das Parlament in dieser Woche in erster Lesung über das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität debattiert. Matthias Hauer MdB hat in seiner Rede dazu viele notwendige Änderungen zum Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums benannt und Lehren aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses gezogen (siehe S. 3).

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Essenerinnen und Essener!

Die Arbeit im Wirecard-Untersuchungsausschuss trägt viele Früchte. Zahlreiche Stunden haben wir in den vergangenen Wochen – oft auch bis tief in die Nacht hinein – Unterlagen analysiert, Zeugen befragt und Schlussfolgerungen gezogen. Wir befinden uns jetzt auf der Zielgeraden. Der Zeugenplan bis Ende April ist beschlossen – insbesondere die Vernehmung von Finanzminister Scholz am 22. April sowie seines Staatssekretärs am Vortag erwarten wir mit Spannung.

Nun kommt es darauf an, welche Lehren wir aus dem Fall ziehen. Aus Sicht der Union gehen die bisherigen Vorschläge nicht weit genug. In meiner Rede im Plenum habe ich erklärt, wie das Gesetz nachgeschärft werden sollte (mehr dazu lesen Sie auf S. 3).

Wer es etwas leichter mag, dem empfehle ich den Podcast „Gegenwartsgeplapper“, dem ich im Februar Auskunft gegeben habe (siehe S. 3). Unter dem Titel „Zwischen Wirecard und Dschungelcamp“ berichte ich über meinen Weg in die Politik und verrate gleichermaßen Politisches wie Privates.

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, kontaktieren Sie mich gerne (siehe S. 6).

Ihr

Matthias Hauer MdB



# Wirecard



Bereit für die nächste Runde: Matthias Hauer MdB vor dem Untersuchungsausschuss am 4. März

## Leerverkaufsverbot zweifelhaft

In dieser Woche stand das Leerverkaufsverbot der BaFin im Fokus des Wirecard-Untersuchungsausschusses. Im Februar 2019 verbot die Aufsichtsbehörde kurzzeitig Werten auf einen fallenden Wirecard-Kurs. Von den Märkten wurde dies als Parteiergreifen für den Konzern aufgenommen. Unklar blieb, welche Analysen die BaFin dem Leerverkaufsverbot zu Grunde legte. Vertreter der Bundesbank berichteten zudem von Bedenken zum Verbot. Auch handwerklich sei die dafür zugrundeliegende Allgemeinverfügung der BaFin nicht gut gewesen. Die Zeugin Fahmi Quadir, eine amerikanische Leerverkäuferin, beschrieb erfolglose Versuche, die BaFin auf Ungereimtheiten bei Wirecard hinzuweisen. „Wieder einmal zeigt sich, dass es bei der BaFin kein Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung mit Wirecard gab“, so Matthias Hauer MdB. Ein Vertreter der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA kritisierte zudem die enge Verbindung zwischen Finanzministerium und BaFin im Fall Wirecard. „Gerade der Austausch zwischen dem Bundesfinanzministerium und der BaFin wirft viele Fragen auf“, so Hauer. In den beiden zurückliegenden Sitzungswochen dauerten die Vernehmungen weit über 50 Stunden an.

## Skandal um Prüfstelle

manager magazin

Abo



Der Rückzug von Ernst sei überfällig, sagt Matthias Hauer, CDU-Obmann im Wirecard-Untersuchungsausschuss. „Wer die Compliance-Regeln ignoriert, kann nicht an der DPR-Spitze bleiben.“ Hauer hatte den Widerspruch zwischen den internen Regeln der DPR und dem Verhalten von Ernst vor knapp zwei Wochen zu Tage gebracht. Doch auch Justiz- und

Auch das Manager Magazin berichtete über den Rücktritt. Matthias Hauer hatte den Regelverstoß öffentlich gemacht.

## DPR-Chef Ernst muss gehen

Ein weiterer Erfolg der Arbeit im Untersuchungsausschuss: Edgar Ernst tritt nach fast zehn Jahren an der Spitze der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) zurück. Grund ist sein Aufsichtsratsmandat bei Metro, das er nach den Regeln gar nicht hätte annehmen dürfen. „Die DPR soll im Auftrag des Staates unabhängig Bilanzen kontrollieren, da darf es keine Verstöße gegen interne Compliance-Regeln geben“, erklärt Matthias Hauer. Der Essener Bundestagsabgeordnete hatte den Verstoß bei einer Befragung von Ernst im Wirecard-Untersuchungsausschuss ans Licht gebracht. „Der Rückzug ist überfällig“, betont er. Doch auch Justiz- und Finanzministerium müssten Rede und Antwort stehen, warum sie lange weggeschaut hätten, anstatt für die Durchsetzung der klaren Regeln zu sorgen.



Der Untersuchungsausschuss arbeitet oft bis weit in die Nacht, so auch am 26. Februar. Im Hintergrund ist das Paul-Löbe-Haus zu sehen, in dem der Ausschuss tagt.

## Wirecard Bank im Fokus

Auch in der vorletzten Sitzungswoche hat der Wirecard-Untersuchungsausschuss neue Erkenntnisse zu Tage gebracht. Geladen waren u.a. Wirecard-Insolvenzverwalter Michael Jaffé, zwei Spitzenmanager der Wirecard Bank sowie Vertreter von BaFin und Bundesbank. „Die Wirecard Bank hat als Tochtergesellschaft der Wirecard AG umfassende strategische Kredite vergeben – als Sicherheit dienten häufig nur Bürgschaften des Mutterkonzerns“, erklärt Matthias Hauer MdB. Die Darlehen wurden höchstwahrscheinlich genutzt, um die Bilanz des Konzerns aufzublähen. Der Ex-Vorstand der Bank, Rainer Wexler, berichtete, wie Wirecard-Konzernchef Markus Braun Druck auf ihn ausgeübt habe, die strategischen Kredite zu bewilligen. „Unklar bleibt, wieso der BaFin, die die Bank beaufsichtigte, das nie auffiel und sie auch der Einflussnahme von Marsalek auf die Bank nicht nachging“, so Hauer.



## Podcast



Matthias Hauer MdB und Christina Bachmann bei der Aufzeichnung des Podcasts im Berliner Büro

## Gegenwartsgeplapper

Wenn Sie herausfinden wollen, wie Matthias Hauer zur Politik gekommen ist, dann hören Sie doch in die Podcast-Folge von Christina Bachmann mit dem Essener Politiker herein. In ihrem Podcast „Gegenwartsgeplapper“ wirft die Podcasterin unter dem Titel „Zwischen Wirecard und Dschungelcamp mit Matthias Hauer“ einen Blick hinter die Kulissen des Wirecard-Untersuchungsausschusses. Der Bundestagsabgeordnete erzählt außerdem von seiner Familie, seinem Weg in die Politik, womit er seine Freizeit verbringt und was er vor seiner Zeit im Bundestag gemacht hat. Auf <https://anchor.fm/gegenwartsgeplapper/episodes/Folge-46-Zwischen-Wirecard-und-Dschungelcamp-mit-Matthias-Hauer-er26o9> oder auch auf allen gängigen Podcast-Apps ist die Folge zu hören.



Matthias Hauer bei seiner Rede zum Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität © Deutscher Bundestag

## Union fordert „Bilanzkontrolle aus einer Hand“

Nach fünf Monaten intensiver Aufklärungsarbeit im Wirecard-Untersuchungsausschuss ist nun der Gesetzentwurf eingebracht worden, um Konsequenzen aus dem Skandal zu ziehen. „Der Entwurf geht in die richtige Richtung, muss aber noch nachgeschärft werden“, betonte Matthias Hauer MdB in seiner Rede während der ersten Beratung des Gesetzes zur Stärkung der Finanzmarktintegrität (FISG) am Donnerstag. „Wir brauchen eine starke Bilanzkontrolle aus einer Hand, klare Kompetenzen bei der Geldwäscheaufsicht, weniger Konzentration auf dem Wirtschaftsprüfermarkt, eine Stärkung der Rechte von Aufsichtsräten und mehr Transparenz bei Verstößen – das muss im FISG dringend ergänzt werden“, sagte er. Insbesondere müsse das zweistufige Verfahren der Bilanzkontrolle abgeschafft werden, an dem Bundesfinanzminister Olaf Scholz bislang festhalten will. „Dieses Verfahren hat bei Wirecard versagt“, so Matthias Hauer. „Wir als Union wollen einen echten Neuanfang: Eine Bilanzkontrolle bei der BaFin – aus einer Hand, mit klarer Zuständigkeit und sachgerechten Kompetenzen.“ Der Essener Bundestagsabgeordnete ist Obmann im Wirecard-Untersuchungsausschuss und für die Unionsfraktion für das FISG zuständig.

## Bargeld ist und bleibt unantastbar

Mit einer Rede im Deutschen Bundestag hat Matthias Hauer MdB am 25. Februar den Schutz des Bargelds in Deutschland hervorgehoben. Anlass war ein Gesetzentwurf der Fraktion AfD sowie zwei Anträge der Fraktionen AfD und FDP. In ihrem Gesetzentwurf hatte die AfD gefordert, das Grundgesetz zum Schutz der Bargeldnutzung zu ändern. „Niemand möchte das Bargeld abschaffen“, betonte der Essener Bundestagsabgeordnete. „Sie wollen Ängste schüren und Gefahren herbeireden, um sich dann selbst als Retter zu präsentieren.“ Bargeld sei bereits durch die Verfassung geschützt: durch die Eigentumsfreiheit, die Vertragsfreiheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. „Jeder wird auch in Zukunft mit Bargeld bezahlen können“, bekräftigte er. „Jeder Mensch soll selbst entscheiden, ob er lieber bar oder bargeldlos bezahlt. Die Freiheit des Bargeldverkehrs ist unantastbar.“



Auch derwesten.de berichtet unter [www.derwesten.de/staedte/essen/afd-essen-cdu-politiker-matthias-hauer-bargeld-retten-bundestag-id231674279.html](http://www.derwesten.de/staedte/essen/afd-essen-cdu-politiker-matthias-hauer-bargeld-retten-bundestag-id231674279.html) von der Rede.

## Übersicht: Wie unterstützt der Bund in der Corona-Krise?

Seit Beginn der Pandemie hat der Bund viele Milliarden Euro genutzt, um den Menschen, der Wirtschaft und der Gesellschaft unter die Arme zu greifen und die Folgen der Pandemie abzumildern. Hier ein Auszug aus den bisherigen Maßnahmen:

### Soziale Sicherheit

Für Menschen, die auf existenzsichernde Leistungen angewiesen sind, wurde der erleichterte Zugang zur Grundsicherung bis Ende 2021 verlängert. Das heißt, dass niemand seine Wohnung aufgeben und Rücklagen fürs Alter aufbrauchen muss, wenn Leistungen der Grundsicherung in Anspruch genommen werden. Leistungsempfänger erhalten einen einmaligen Corona-Zuschuss in Höhe von 150 Euro. Damit sollen höhere Alltagsausgaben, zum Beispiel für Masken, Tests oder Desinfektionsmittel, aufgefangen werden.

### Familien

Die Corona-Pandemie stellt Familien auf eine große Belastungsprobe, besonders in einem Lockdown. Der Anspruch auf Kinderkrankentage wurde für das Jahr 2021 ausgeweitet. Er gilt auch, wenn das Kind nicht krank ist, sondern zu Hause betreut werden muss, weil Schule, Kindertagesstätte oder Kindertagespflege behördlich geschlossen sind oder die Präsenzpflicht im Unterricht ausgesetzt wurde. Jedem Elternteil stehen 20 Kinderkrankentage (statt zehn) pro Kind zur Verfügung, Alleinerziehenden 40 statt 20 Tage. Zudem haben berufstätige Eltern einen Anspruch auf Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz, wenn sie aufgrund von Kinderbetreuung einen Verdienstausschlag haben. Die Entschädigung beträgt 67 Prozent des Verdienstausschlags (max. 2.016 Euro) für längstens zehn Wochen pro Elternteil beziehungsweise 20 Wochen für Alleinerziehende. Auch 2021 wird – wie bereits 2020 – ein Kindergeldbonus für jedes kindergeldberechtigte Kind ausbezahlt. Er beträgt in diesem Jahr 150 Euro (300 Euro im Vorjahr). Alleinerziehende werden gezielt unterstützt, indem der steuerliche Entlastungsbetrag auf 4.008 Euro im Jahr angehoben wurde.

### Wirtschaft stabilisieren

Seit Beginn der Pandemie hat der Bund mehr als 80 Milliarden Euro an Wirtschaftshilfen bereitgestellt. Dazu kommen bis Juni 2021 voraussichtlich weitere 50 Milliarden Euro. Damit sollen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abgemildert und Arbeitsplätze erhalten werden. Hinzu kommt auch ein Konjunkturpaket über 130 Milliarden Euro, das u.a. die Absenkung der Mehrwertsteuer, eine Entlastung bei den Stromkosten und milliardenschwere Investitionen in Zukunftsbereiche wie zum Beispiel die Wasserstoffwirtschaft beinhaltet. Neben der außerordentlichen Wirtschaftshilfe des Bundes (November- und Dezemberhilfe) gibt es die Überbrückungshilfe II (September bis Dezember 2020) sowie die Überbrückungshilfe III (siehe Kasten rechts). Ein Wirtschaftsstabilisierungsfonds unterstützt Unternehmen, die vor der Corona-Pandemie gesund waren. Mit einem Gesamtvolumen von bis zu 600 Milliarden Euro stellt er deutschen Unternehmen Garantien und Bürgschaften zur Stärkung ihrer Kapitalbasis und zur Überwindung von Liquiditätsengpässen bereit. Außerdem wurden der Zugang zu Krediten der KfW-Förderbank erleichtert und zahlreiche Steuererleichterungen beschlossen.

### Kurzarbeitergeld

Seit März 2020 sind die Voraussetzungen für Kurzarbeit erleichtert. Es reicht aus, wenn zehn Prozent der Beschäftigten eines Betriebes von Arbeitsausfall betroffen sind (anstatt ein Drittel). Die vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge wurde bis 30. Juni 2021 verlängert. Die Bezugsdauer beträgt bis zu 24 Monate (befristet bis 31. Dezember 2021). Außerdem wurde das Kurzarbeitergeld im Zuge der Pandemie erhöht; geringfügiger Hinzuverdienst bleibt bis Ende des Jahres anrechnungsfrei.

### Überbrückungshilfe III

Größeren und kleinen mittelständischen Unternehmen, Soloselbstständigen sowie gemeinnützigen Unternehmen und Organisationen bietet die Überbrückungshilfe finanzielle Unterstützung in der Corona-Krise. Sie sind ein gemeinsames Angebot von Bund und Ländern. Gefördert werden alle Antragsberechtigten, die wegen der Corona-Krise teilweise oder ganz schließen bzw. starke Umsatzrückgänge verbuchen mussten. Die Überbrückungshilfe III umfasst die Monate November 2020 bis Juni 2021. Spezielle Regelungen gibt es für den Einzelhandel, die Kultur-, Veranstaltungs- sowie die Reisebranche. Soloselbstständige, die im Rahmen der Überbrückungshilfe III keine Fixkosten geltend machen, aber dennoch stark von der Corona Krise betroffen sind, können einmalig eine Neustarthilfe von bis zu 7.500 Euro erhalten. Überbrückungshilfe III und Neustarthilfe sind noch bis 31. August 2021 auf [www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de](http://www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de) zu beantragen. Die Neustarthilfe wird wie die anderen Zuwendungen aus der Überbrückungshilfe als steuerbarer Zuschuss gewährt und nicht auf die Grundsicherung angerechnet.

### Kultur und Medien

Zum Erhalt der Kulturlandschaft ist Mitte 2020 das Rettungs- und Zukunftsprogramm „Neustart Kultur“ mit einem Fördervolumen von einer Milliarde Euro ins Leben gerufen worden. Das Programm wurde Anfang Februar 2021 mit einer weiteren Milliarde Euro verlängert. Konkret geht es um die Unterstützung von Theatern, Tanz, Museen, Privatrundfunk, Kinos, Galerien, Bibliotheken, Musikclubs und der Literaturbranche. Da der Lockdown viele Künstlerinnen und Künstler an ihre Existenzgrenze bringt, wurde der Versicherungsschutz in der Künstlersozialkasse sichergestellt. Die jährliche Mindesteinkommensgrenze von 3.900 Euro entfällt für dieses Jahr.



# Essen

## Bundestagswahl



Wahlkreisvertreterversammlung zur Bundestagswahl 2017

### CDU Essen stellt Kandidaten auf

Am 13. März wird die CDU Essen in der Grugahalle die Wahlkreisvertreterversammlungen und die Kreisvertreterversammlung zur kommenden Bundestagswahl durchführen. Die Wahlkreisvertreterversammlungen werden die CDU-Kandidaten für die Bundestagswahlkreise 119 und 120 aufstellen. Matthias Hauer MdB ist seit 2013 der direktgewählte Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises 120 im Essener Süden und Westen. Er hat sich erneut für die Kandidatur zur kommenden Bundestagswahl beworben. „Für das bisherige Vertrauen möchte ich mich herzlich bedanken. Gerne möchte ich auch in den kommenden vier Jahren die Essenerinnen und Essener im Bundestag vertreten“, so Matthias Hauer. Die Kreisvertreterversammlung wählt vier Delegierte aus Essen, die zur Landesvertreterversammlung der CDU NRW entsandt werden.



Das neue Format „Mittags mit Matthias“ bietet ein zusätzliches Angebot zum direkten Austausch. Per Livestream können Interessierte in der Mittagspause politische Themen mit Matthias Hauer diskutieren.

## Im Livestream und Wirtschafts-Podcast

In verschiedenen Formaten hat Matthias Hauer MdB von seiner Arbeit in Berlin und Essen berichtet. Am 15. Februar hat der Bundestagsabgeordnete zum ersten Mal das Format „Mittags mit Matthias“ auf Instagram und Facebook durchgeführt. Im Livestream hat er von der vorgezogenen Sitzungswoche vom 8. bis zum 12. Februar berichtet und Stellung zu Themen aus Essen bezogen. „Trotz Kontaktbeschränkung möchte ich mit den Bürgerinnen und Bürgern kontinuierlich im Dialog bleiben“, erklärt Matthias Hauer. Die nächsten Folgen von „Mittags mit Matthias“ werden rechtzeitig über die sozialen Medien angekündigt – die nächste ist am 8. März um 12 Uhr. Zudem war Matthias Hauer am 19. Februar Gast im Podcast „Die Wirtschaftsreporter – Der Podcast aus NRW“. In dem Interview mit den WAZ-Wirtschaftsreportern Ulf Meinke und Theresa Langwald ging es um die Aufklärung des Wirecard-Skandals. „Wir haben vertieft über den Untersuchungsausschuss Wirecard gesprochen. Im Podcast habe ich zu vielen Aspekten ausführlich Stellung genommen“, sagt Matthias Hauer. Aus dem Gespräch sind zwei Folgen entstanden, die seit dem 26. Februar und dem 5. März auf allen Podcast-Plattformen verfügbar sind.

## Interviews mit NRW-Volontären

Am 1. März hat Matthias Hauer MdB in einer Online-Übung den NRW-Volontären des Kurses Radiojournalismus der ProContent Akademie Rede und Antwort gestanden. Auf Anfrage des Dozenten Christian Pflug, Chefredakteur Radio Essen, hat der Bundestagsabgeordnete die Fragen der angehenden Journalistinnen und Journalisten unter realen Bedingungen beantwortet. Die jungen Journalisten hatten wenig Zeit zur Vorbereitung, Durchführung und Erstellung eines Hörfunkbeitrags. „Als Bundestagsabgeordneter spreche ich oft mit Journalistinnen und Journalisten. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für Transparenz und Informationsvermittlung in der Politik“, erklärt Matthias Hauer. Im Anschluss an die Interviews hat er den Volontären ein kurzes Feedback zum Gespräch gegeben. „Die Interviews haben mir viel Freude bereitet, ich wünsche allen Volontären für ihren beruflichen Werdegang alles Gute“, so Matthias Hauer.



Live aus dem Wahlkreis-Büro war Matthias Hauer MdB den Volontärinnen und Volontären per Videokonferenz zugeschaltet.



## Büro Berlin

Deutscher Bundestag  
Matthias Hauer MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169  
Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin (v.l.): Alexandra Zins,  
Cornelius Gerster, Dirk Stahns und Katrin Arnholz  
© Deutscher Bundestag/ Inga Haar



## Büro Essen

Matthias Hauer MdB  
Blücherstr. 1  
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100  
Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen (v.l.): Britta Kremer,  
Najma Yari und Felix Paul. © Renate Debus-Gohl

E-Mail: [matthias.hauer@bundestag.de](mailto:matthias.hauer@bundestag.de)

Facebook: [facebook.com/matthiashauer.cdu](https://facebook.com/matthiashauer.cdu)

Instagram: [instagram.com/matthias.hauer.mdb](https://instagram.com/matthias.hauer.mdb)

Twitter: [twitter.com/MatthiasHauer](https://twitter.com/MatthiasHauer)

Internet: [matthias-hauer.de](http://matthias-hauer.de)

